

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Beitzelle oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Vereinbarung für das Baugewerbe vom 11. September 1918.

Auf Grund der Verhandlungen vom 9., 10. und 11. September 1918 ist heute zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, vertreten durch den Vorsitzenden E. Behrens, Hannover, einerseits, und 1. dem Deutschen Bauarbeiterverband, vertreten durch den Vorsitzenden P. Paeplow, Hamburg; 2. dem Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands, vertreten durch den Vorsitzenden Fr. Schrader, Hamburg; 3. dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, vertreten durch den Vorsitzenden J. Wiedeberg, Berlin-Richtenberg, andererseits, die nachstehende Vereinbarung geschlossen worden:

§ 1. Auf allen Arbeitsstätten, die unter §§ 1 und 2 der Vereinbarung vom 29. November 1917 fallen, wird sämtlichen in den Tarifverträgen der einzelnen Tarifgebiete aufgeführten Arbeitergruppen bei Zeit- und Akkordarbeit eine neue Kriegsteuerungszulage gezahlt (vierte Kriegszulage). Diese beträgt für die Arbeitsstunden:

In Tarifgebieten mit Orten	Vom 1. Oktober 1918 ab	Vom 1. Januar 1919 ab	Im ganzen
1. bis zu 10 000 Einwohnern	8 A	7 A	15 A
2. von 10 000 bis zu 50 000 Einw.	10 "	10 "	20 "
3. von 50 000 und mehr Einw.	15 "	10 "	25 "
4. In Hamburg	20 "	9 "	29 "

Zu der dritten Gruppe zählen das rheinisch-westfälische und das ober-schlesische Industriegebiet sowie Neubauten und größere Erweiterungsbauten der Kriegsindustrie und der Heeresverwaltung. Streitigkeiten darüber, ob ein Bau hierunter fällt, sind von den Zentralorganisationen, und falls diese sich nicht einigen, vom Haupttarifamt zu entscheiden. Für die Einordnung der Orte in die einzelnen Gruppen sind die Ergebnisse der Volkszählung vom Jahre 1910 maßgebend.

§ 2. Auf die gesamte vierte Kriegsteuerungszulage werden angerechnet: a) örtliche Sonderzulagen, soweit bei deren Vereinbarung Anrechnung vom Arbeitgeber ausdrücklich vorbehalten worden ist; b) sämtliche erst nach dem 1. August 1918 bewilligten Sonderzulagen; c) Nebenvergütungen für Mittagessen, Jahrgelder und Auslösung bis zu M 3 für den Tag (M 21 für die Woche) kommen auf die Teuerungszulagen nicht zur Anrechnung. Die tariflich festgesetzte Höhe der Auslösungen wird hierdurch nicht berührt. Unter Auslösungen sind Vergütungen für doppelte Haushaltsführung auswärtiger Arbeiter zu verstehen.

§ 3. Diese Vereinbarung gilt nicht für das Wieder- und Neubaugebiet und seine Grenzbezirke der Provinz Ostpreußen und nicht für die besetzten Gebiete. Die Vereinbarung gilt dagegen auch für Verträge im Fliesenleger- und im Einholzleger-Gewerbe, soweit diese zwischen Unterorganisationen der vertragschließenden Parteien abgeschlossen sind.

§ 4. Streitigkeiten über den Inhalt dieser Vereinbarung unterliegen der Entscheidung durch die Tarifinstanzen.

§ 5. Vor dem 1. April 1919 dürfen keine neuen Forderungen erhoben werden.

Berlin, den 11. September 1918.

Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter

unseres Verbandes, die am 11. September in Berlin tagte, nahm Stellung zu dem vorgebrachten Ergebnis der zentralen Verhandlungen über eine vierte Teuerungszulage, die am 9., 10. und 11. September gleichfalls in Berlin im Reichswirtschaftsamt stattgefunden haben. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Vertreter des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe auch diesmal der Gewährung einer angemessenen Teuerungszulage schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Vor allen Dingen bestanden sie darauf, daß die Zulage nicht, wie bisher, bei der zweiten und dritten Teuerungszulage, in einheitlicher Höhe erfolgen dürfe, sondern daß ein Unterschied zwischen Stadt und Land gemacht werden, eventuell das platte Land über-

haupt ausscheiden müsse. Die Arbeitervertreter haben diese Ansicht energisch bekämpft. Wenn ihnen ein Erfolg in dieser Hinsicht versagt blieb, so liegt das mit daran, weil auch der Verhandlungsleiter sich zu der von den Arbeitgebern vertretenen Ansicht bekannte und nachzuweisen bemüht war, daß die Wirkungen der Teuerung in der Tat nicht allenthalben gleich stark seien, weshalb eine Staffelung nach Ortsgrößtenklassen volle Berechtigung habe. Daß die Arbeitervertreter alles daran gesetzt haben, eine möglichst hohe Zulage zu erzielen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Wie weit der Erfolg reicht, ergibt sich zur Genüge aus dem Verhandlungsergebnis.

Die Konferenz hat dieses Ergebnis nach allen Richtungen durchgesprochen und es an Kritik nicht fehlen lassen. Gewiß trifft es zu, was auch hervorgehoben wurde, daß diese Zulage im Durchschnitt höher ausgefallen ist als alle voraufgegangenen Zulagen. Trotzdem kann sie nicht befriedigen, eben weil die Teuerung zu stark gewütet, die Lebenshaltung unserer Kameraden zu stark herabgedrückt worden ist. Allein eine Möglichkeit, auf dem Verhandlungswege zu einem günstigeren Ergebnis zu gelangen, ist nicht gegeben. Es durch irgendwelche gewerkschaftliche Maßnahmen allgemein zu verbessern, erscheint unter den herrschenden Zeitverhältnissen gleichfalls ausgeschlossen. Die Konferenz kam daher nach eingehender Würdigung aller in Frage kommenden Faktoren zu dem Entschluß, das Ergebnis den Gauleitungen, die darüber entscheiden sollen, zur Annahme zu empfehlen.

Damit war der wichtigste Beratungsgegenstand der Konferenz erledigt. Die übrigen Punkte betrafen die Vorbereitungen für die Gauleitungen, den Beratungsstoff für diese sowie einige innere Angelegenheiten.

Zum fünfzigsten Geburtstage der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Die Zunft-, Konzessions- und Privilegienwirtschaft, die bei Beginn des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland noch fest verankert schien, war bereits stark zerbrochen; ihre völlige Beseitigung durch den Erlaß der Gewerbeordnung im Jahre 1869 (21. Juni) stand in sicherer Aussicht. Personen und Waren wurden hierdurch frei, der Staat griff in ihre Bewegungen nicht mehr ein. Damit wurden auch die Koalitionsverbote aufgehoben. Der Kapitalismus hatte sich bereits angesiedelt, er konnte sich nun frei entfalten. Hiermit waren die Vorbedingungen für eine moderne Gewerkschaftsbewegung auch in Deutschland gegeben.

Gesellenverbindungen hatten in Deutschland seit Jahrhunderten bestanden; mehr oder minder unvollständig bestanden sie noch in vielen Handwerken. Nach der Revolution im Jahre 1848 war auch eine modernere Arbeiterbewegung entstanden, sie war aber wieder unterdrückt worden. Bei den Buchdruckern, Tabakarbeitern und Schneidern bestanden bereits gewerkschaftliche Verbindungen. Diese Organisationsgebilde dachten aber wohl kaum daran, die Arbeiter in ihrer Gesamtheit aufzufordern, sich in moderne Gewerkschaften zusammenzuschließen und ihnen dabei Hilfe zu leisten. Die Internationale Arbeiterassoziation, an deren Spitze Karl Marx in London stand, hatte sich auf ihrem ersten Kongreß, der im Jahre 1866 in der Schweiz stattfand, bereits für die Gründung von Gewerkschaften ausgesprochen; sie hatte jedoch in Deutschland keinen Einfluß. Hier lag der Hebel bei dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, der im Jahre 1863 von Ferdinand Lassalle gegründet worden war. Sein Präsident, v. Schweitzer, veranlaßte im Jahre 1868 die Generalversammlung dieses Vereins, ihm und Frickhe die Ermächtigung zu erteilen, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß zur Gründung von Gewerkschaften zu berufen.

Ein paßender, vom 27. August 1868 datierter Aufruf erschien im „Sozialdemokrat“ vom 30. August gleichen Jahres. Danach war es von höchster Wichtigkeit, daß in dem Augenblick, wo mit dem Erlaß der neuen Gewerbeordnung das Koalitionsrecht proklamiert wurde, die Organisation für die wirksamere Vornahme von Arbeitereinstellun-

gen bereits vorhanden sei. Das planlose Hervortreten von Streiks bald da, bald dort, oft mit wenig Ueberlegung und meistens ohne die erforderlichen Gelder im Hintergrund, könne nicht vorwärts führen; nur eine planmäßige, zusammenhängende Organisation der Streiks durch ganz Deutschland könne sie erfolgreich machen. Nur dann, wenn die Gesamtheit der Arbeiter in fester Organisation planmäßig und unzerbrechlich zusammenhalte, könne der Uebermut der Kapitalisten in erträgliche Grenzen zurückgedrängt werden. Es müsse ermöglicht werden, daß 50 000 Arbeiter an einem Tage die Arbeit einstellen, ohne um ihren Lebensunterhalt in Sorge zu sein, da die Unterstützung ihrer Brüder in ganz Deutschland ihnen gewiß sei. Es müsse möglich gemacht werden, daß, wenn die Kapitalisten und Fabrikanten in unberechtigtem Uebermut und schamloser Habgucht verharren, die Industrie einer ganzen Stadt, einer ganzen Gegend lahmgelegt werde; es müsse dafür gesorgt sein, mit einem Wort, daß der Kampf unerbittlich bis aufs äußerste geführt werden könne. Die Vorbedingung dazu sei, daß die Arbeiter der einzelnen Geschäftszweige sich in allgemeinen Gewerkschaften vereinigen. Zur Begründung solcher allgemeinen Gewerkschaften in allen Zweigen durch ganz Deutschland sowie zur Errichtung einer allgemeinen Organisation in Sachen der Arbeitereinstellungen, kurz zur Vorsehung und Einrichtung alles dessen, was mit Arbeitereinstellungen zusammenhänge, wurde ein Allgemeiner deutscher Arbeiterkongreß auf den 27. September 1868 nach Berlin berufen. Der Aufruf schloß: „Arbeiter Deutschlands! Ihr alle, wo Ihr auch sein und weilen möget, seufzet unter dem Druck des Kapitals. Ihr alle fühlet über Euch jene gemüht- und schonungslose, jene unerfättliche Macht, der Eure Arbeitskraft dienen muß! Steht zusammen, wo es gilt, das moderne Joch zu bekämpfen und für die ewigen Menschenrechte einzustehen! Seid einig und erkennet Eure ungeheure Macht!“

Die ganze Auffassung der Gewerkschaftsbewegung in diesem Aufruf war, wie leicht ersichtlich, vom proletarischen Klassenstandpunkt diktiert. Unsere heutige Erkenntnis geht freilich dahin, daß die Klasseninteressen der Arbeiter und ihre Berufsinteressen zwar keine gegensätzlichen, aber auch keine identischen Begriffe sind. Die praktische Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter verlangt zu ihrer Bewältigung nach Berufsinteressen geschiedene Gewerkschaftsorganisationen. Auch unter der Herrschaft des Kapitalismus hat nämlich jeder Beruf seine besonderen Entwicklungsfaktoren. Jede Gewerkschaft muß ihre besondere Gewerkschaftspolitik danach einrichten. Die gewerkschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten schwanken nicht bloß von Industrie zu Industrie, sondern auch — in vielleicht noch höherem Maße — von Beruf zu Beruf; in den Baugewerken oben-dreien von Ort zu Ort. Die Erfahrung lehrt, daß man mit der Gewerkschaftsbewegung dort keine Erfolge erzielen kann, wo die ökonomischen Vorbedingungen fehlen, und daß man dort keine Aktionen verhindern soll, wo die ökonomischen Faktoren günstig sind. Es muß dabei außer Betracht bleiben, ob im ersten Falle die wirtschaftliche Lage der Arbeiter die schlechteste oder im anderen Falle die verhältnismäßig bessere ist. Stets werden die Gewerkschaften der Schwungkraft einer aufsteigenden Konjunktur bedürfen, um für ihre Berufsgenossen Vorteile zu erzielen. Jede Erfolgsmöglichkeit muß ausgenutzt werden, und jedenfalls darf ihre Ausnutzung durch die Gewerkschaftspolitik nicht unterbunden sein. Wer gewerkschaftliche Erfolge nur von großen Aktionen erhofft, hat in der Regel gar keinen Erfolg. Ausnahmen davon machen nur spontan hervorbrechende Massenaktionen in revolutionären Zeiten oder unter sonstigen Ausnahmezuständen. Solche Aktionen lassen sich nicht künstlich erzeugen, sie können nicht Zweck und Ziel einer Gewerkschaftspolitik sein, aber wohl die Folge einer dauernd erfolglosen Gewerkschaftspolitik. Unter normalen Verhältnissen besteht das wirksamste gewerkschaftliche Kampfmittel nicht in der Stilllegung einer Industrie, nicht in der Aktion aller Arbeiter, oft nicht einmal in der Aktion aller Arbeiter eines Betriebes, sondern in dem energischen Vorgehen einer

verhältnismäßig kleinen, aber für die betreffende Industrie oder den Betrieb wichtigen Arbeitergruppe. Die Stilllegung der Industrie einer ganzen Stadt, einer ganzen Gegend ist hingegen die beliebteste Waffe der Arbeitgeberverbände gegen den wirkungsvollen Gewerkschaftskampf.

Es würde zu weit führen, alle Hindernisse innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung hier anzudeuten, die der praktischen Betätigung dieser Erkenntnis im heutigen Gewerkschaftskampfe entgegenstehen und sie deshalb nicht zur vollen Auswirkung kommen lassen, sondern zu einer anderartigen, recht verschiedenen Politik in den deutschen Gewerkschaften führen, die sich aber in allen Fällen noch weiter von der ursprünglich inaugurierten Gewerkschaftspolitik entfernt. Uebrigens erstreben die Gewerkschaften nicht den wirtschaftlichen Kampf, sondern die Verständigung mit den Arbeitgeberorganisationen, die ihren Ausdruck in einem befriedigenden Tarifvertrage findet. Die Gewerkschaftskämpfe werden daher Tarifkämpfe. Hier kommt es nur darauf an, darzulegen, daß ein großer Abstand zwischen der ursprünglichen und der jetzigen Auffassung des Gewerkschaftskampfes besteht. Damit beabsichtigen wir auch nicht, Kritik an jener ursprünglichen Auffassung, wie sie in dem Aufruf zum Kongreß im Jahre 1868 vertreten wurde, zu üben. Denn nur dadurch, daß sie vom proletarischen Klassenstandpunkt ausging, war sie wirksam, hob sie die Arbeiter über die Auffassungen in den alten Gesellenverbindungen hinaus. Darauf kam es aber zunächst an.

Der Aufruf zur Beteiligung am ersten Gewerkschaftskongreß schlug vor allem wie eine Bombe in die bürgerlichen Zeitungswelt. Alle bürgerlichen Zeitungen erkannten in der geplanten Bewegung eine große Gefahr und schoben sich gegenseitig die Schuld an ihrem Entstehen zu. Daß dabei die Liebe hageldicht auf die Einberufer des Kongresses herniederregnete, versteht sich von selbst. Das schädigte aber nicht den Kongreß, sondern war dazu angetan, ihn zu fördern. In der Arbeiterwelt löste der Aufruf und die vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein im gleichen Sinne betriebene Agitation sowie die zur Schau getragene Angst der bürgerlichen Zeitungen großes Interesse aus. Der Kongreß trat bereits am 26. September 1868 in Berlin zusammen. 206 Delegierte vertraten 142 000 Arbeiter aus 110 Orten. Das war eine imposante, wirkungsvolle Demonstration für die moderne Gewerkschaftsbewegung!

Der Kongreß beschloß ein Musterstatut für zentralisierte Gewerkschaften, das die sich bildenden Gewerkschaften mit einigen Ausnahmen, die auf ihr Zusammenwirken Bezug hatten, beliebig abändern konnten, und ein Statut für den Arbeiterschaftsverband, in welchem alle angeschlossenen Gewerkschaften zusammenwirken sollten. So leicht, wie es nach dem Aufruf zum Kongreß den Anschein gewann, war das Streiken in diesen Statuten allerdings nicht gemacht. Bei beabsichtigten Arbeitseinstellungen sollte eine Anzeige unbedingt vor Beginn der Arbeitseinstellung an das Präsidium der betreffenden Gewerkschaft eingereicht werden. Das Präsidium hatte die Anzeige dem Ausschuß der betreffenden Gewerkschaft vorzulegen und dieser hatte binnen drei Tagen zu entscheiden, ob die Arbeitseinstellung zu genehmigen und als Sache der betreffenden Gewerkschaft zu betrachten, oder endlich, ob bei dem Arbeiterschaftsverbande der Antrag auf Erklärung zur Verbandsache gestellt werden sollte. War das letztere der Fall, dann hatte sich der Ausschuß des Arbeiterschaftsverbandes mit der Angelegenheit zu befassen. Er konnte sich dahin entscheiden, die Genehmigung zur Arbeitseinstellung endgültig oder vorläufig zu versagen, oder die Genehmigung zu erteilen. Erteilte er die Genehmigung zur Arbeitseinstellung, so hatte er auch sofort zu bestimmen, welche Unterstützung den Feiernden entrichtet werden sollte. Nur solche Arbeiter, die Mitglieder einer zum Verbandsverbande gehörenden Gewerkschaft waren, erhielten bei Arbeitseinstellungen Geldmittel aus der Verbandskasse. Die Hälfte der vom Verbandsausschusse beschlossenen Unterstützungssätze hatte jedoch die Gewerkschaft, um deren Mitglieder es sich handelte, selbst aufzubringen. Bei Arbeitseinstellungen, wobei unter fünf Prozent der Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft beteiligt waren, sollte erst nach vier Wochen der Antrag auf Hilfe aus der Verbandskasse gestellt werden können, seien es über fünf aber unter zehn Prozent der Mitglieder, nach Ablauf einer Woche. Der Verbandsausschuß hatte aber auch das Recht, die Forderungen der Arbeiter nur in so weit zu genehmigen, als sie den Verhältnissen entsprächen. Uebrigens hatten sich Arbeiter, deren Arbeitseinstellung genehmigt war, den Aussprüchen des Verbandsausschusses und den hierauf begründeten Anordnungen des Verbandspräsidiums, ebenso den von letzterem in betreff der Arbeitseinstellung überhaupt getroffenen Anordnungen unbedingt zu fügen. Geschehe dies von seiten der Streikenden nicht, so höre die Arbeitseinstellung auf, Verbandsache zu sein; geschehe es von seiten der betreffenden Gewerkschaft nicht, so werde diese als aus dem Verbandsverbande ausgetreten betrachtet. Alle Bestimmungen in den Statuten über Arbeitseinstellungen sollten erst in Kraft treten, wenn im Norddeutschen Bunde die Arbeitseinstellungen gesetzlich erlaubt seien, also nach Erlaß der Gewerbeordnung.

Die Kongreßverhandlungen führten zur Gründung von neun neuen Gewerkschaften; zu mehreren anderen wurde der Grundstein gelegt. Zehn Gewerkschaften schlossen sich zum Arbeiterschaftsverband zusammen. Der Kongreß tat sich als erste Generalversammlung dieses Verbandes auf und setzte ein Präsidium ein. Seine zweite Generalversammlung fand in der Zeit vom 23. bis 26. Mai 1869 in Cassel statt. Auf dieser Generalversammlung waren 100 Delegierte anwesend, die 35 232 zahlende Verbandsmitglieder in 220 Orten vertraten. Dem Verbandsverband gehörten um diese Zeit mehr als 50 000 zahlende Mitglieder an, die sich in 13 Gewerkschaften gliederten.

Verständigt man, daß dieser jungen Gewerkschaftsbewegung nach ihrem Aufkommen von zwei Seiten her Konkurrenten entstanden, die Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsgründerei und die Tätigkeit des Vororts des Verbandes der deutschen Arbeitervereine zur Gründung von besondern Gewerkschaften, dann wird man den Erfolg nicht in Abrede stellen können, der sich an den Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß im Jahre 1868 knüpfte. Allein v. Schweitzer hatte vor dem Stattfinden des Kongresses in einem Artikel vom 11. September 1868 geschrieben: „Wir sind in der günstigen Lage, daß wir unsere Verfassung (der Gewerkschaftsbewegung) nach den Grundsätzen der Vernunft und mit allseitigem Ueberblick der Verhältnisse auf einmal in vollkommener Zweckmäßigkeit hinstellen können, während man sich in England mit allerlei überbrachten Rücksichten und Hindernissen hinschleppen muß. Wir sind den englischen Arbeitern gegenüber in ähnlicher Lage, wie es in betreff der politischen Verfassung die Nordamerikaner den Engländern gegenüber waren. Ihnen waren durch keine historisch vorhandenen Einrichtungen die Hände gebunden; sie konnten ganz frei, den Grundsätzen der Vernunft und der Gerechtigkeit gemäß und auf Grund der Erfahrungen anderer, mit einem Male ihre ganze politische Verfassung entwerfen.“ Das war ein Trugschluß, der seine Unhaltbarkeit sofort bewies. Die Arbeiter traten den Gewerkschaften bei, um möglichst bald mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreten zu können. Um die beschwerlichen Vorschriften für Arbeitseinstellungen in den Statuten kümmerten sie sich nicht. Die Streikbewegung setzte bald nach dem allgemeinen Arbeiterkongresse ein und ging schon bis zur zweiten Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes bereits in hohen Wogen. Sie absorbierte die ganze Finanzkraft der Arbeiterbewegung und zog auch den Apparat des politischen Vereins in ihre Dienste. Während v. Schweitzer durch die Gewerkschaftsbewegung eine Stärkung der politischen Arbeiterbewegung erhofft hatte, drohte dieser die Gefahr, von der Gewerkschaftsbewegung verschlungen zu werden. Diese Entwicklung verführte v. Schweitzer zu dem Versuch, die Gewerkschaftsbewegung „als das Nebensächliche, streng und unbedingt dem politischen Verein als dem Hauptsächlichen unterzuordnen“. Zudem brachen durch einen „Staatsstreik“ v. Schweizers im politischen Verein Mißheftigkeiten aus, die in den Arbeiterschaftsverband hineingetragen wurden und eine Anzahl Gewerkschaften sprengten. Die dritte Generalversammlung des Arbeiterschaftsverbandes, die vom 12. bis 15. Januar 1870 in Berlin stattfand, beschloß auf Vorschlag v. Schweizers, die Gewerkschaften sollten sich zum 1. Juli 1870 zu einem allgemeinen deutschen Arbeiterunterstützungsverband verschmelzen. Damit wurde die Gewerkschaftsbewegung in die entgegengesetzte Richtung gedrängt, als ihre Bedürfnisse sie wiesen. Der Streikbewegung tat aber auch dieser Beschluß keinen Abbruch, sie war auch im Jahre 1870 außerordentlich lebhaft; bis der Ausbruch des Krieges im gleichen Jahre sie beendigte. Auf der zweiten Generalversammlung des Arbeiterunterstützungsverbandes, die am 25. Mai 1871 in Berlin stattfand, legte v. Schweitzer das Präsidium nieder und trat aus der Arbeiterbewegung aus. Die Gewerkschaftsbewegung beschritt bald darauf neue, ihren Bedürfnissen besser angepaßte Bahnen; auch nahmen die neuen Führer der politischen Arbeiterbewegung wieder eine entgegenkommendere Haltung zur Gewerkschaftsbewegung ein. Es geht indes über den Rahmen dieses Artikels hinaus, die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu beschreiben. (Siehe darüber die „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“.)

Zu den Kritikern der Gewerkschaftsgründung in Deutschland gehörte auch Karl Marx in London. Seine Kritik ist damals nicht an die Öffentlichkeit getreten und wirkungslos geblieben. Erst neuerdings, wo die geflogene Korrespondenz zwischen Marx, Engels und v. Schweitzer bekannt geworden, wird sie benutzt, um die Gewerkschaftsgründung durch v. Schweitzer zu bekritteln. Allein positive Vorschläge von Marx, wie v. Schweitzer die Sache hätte anders und besser machen sollen, enthält die Korrespondenz nicht. Marx wartete mit seiner Kritik, bis der Allgemeine deutsche Arbeiterkongreß 1868 stattgefunden und „resultatlos“ vorlag, um dann v. Schweitzer „mit schulmeisterlicher Reserve“ zurechtzuweisen. Je länger man sich mit den alten Urkunden beschäftigt, je mehr kommt man zu der Ueberzeugung, daß Marx Biograph, Franz Mehring, die Ursache aller Kritik von Marx an der Lassalleschen Arbeiteragitation richtig herauschält, wenn er schreibt: Daß

Marx gegen Lassalle und alles Lassallesche eine unüberwindliche Abneigung hegte, daß Marx und Engels' unbefriedigbares Mißtrauen gegen Lassalle und alles Lassallesche ihr Urteil trübte. Vor allem hatte Marx an v. Schweitzer auszuweisen, daß er „seine eigene Arbeiterbewegung“ haben wollte, daß er also nicht dafür eintrete, daß die deutsche Arbeiterbewegung in der Internationale aufging; was sich bei dem späteren Zusammenbruch der Internationale aber als ihr Vorzug erwiesen hat. Marx, der unergreiflich große Verdienste um die moderne Arbeiterbewegung der Welt hat, war eben auf dem speziellen Gebiet der praktischen Arbeiterorganisation nicht gerade der Meister.

Die anfängliche Verfassung der deutschen Gewerkschaftsbewegung läßt sich nicht zutreffend beurteilen an den Kritiken, die sie damals gefunden hat. Näher kommt man einem zutreffenden Urteil, wenn man die gegenwärtige Verfassung der Gewerkschaftsbewegung ins Auge faßt. Diese ist in ihren Grundzügen der ursprünglichen aber ähnlich, obgleich sie erst seit 1890 zustande gekommen ist. Was der neuen Verfassung fehlt, um der ursprünglichen Verfassung noch ähnlicher zu sein, hat besonders auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1896 Befürworter gefunden. Nämlich der förmliche Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaften zu einem Gewerkschaftsbund und die Errichtung eines regelrechten Streikreferendums. Hält man das im Auge, dann erscheint die ursprüngliche Verfassung der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht so unsinnig, wie sie noch jetzt oft hingestellt zu werden pflegt.

Auch der Versuch v. Schweizers, die Gewerkschaftsbewegung als das Nebensächliche der politischen Arbeiterbewegung unterzuordnen, ist nicht bloß eine Schweizerische „Schandtat“. Denn 25 Jahre nach der Gründung der deutschen Gewerkschaften, im Jahre 1893, schrieb der Vorstand der sozialdemokratischen Partei in seinem Bericht an den Parteitag in Köln:

„Die Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Kämpfe und Bestrebungen als eines Palliativs, das wohl geeignet sei, den Arbeitern bei günstiger Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und das weiter auch dazu diene, in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs die Unternehmer davor zurückzuführen, ihr soziales Uebergewicht schrankenlos zu mißbrauchen, das aber nie dazu führen könne, die Arbeiterklasse vom Druck der Kapitalherrschaft endgültig zu befreien, diese Kennzeichnung ist einfach Pflicht unserer Presse. Die Zumutung, aus „tatsächlichen Rücksichten“ das Ansprechen dieser Wahrheit zu unterlassen, kann nicht erfüllt werden, wenn unsere Bewegung nicht den sozialdemokratischen Charakter verlieren und der Versumpfung anheimfallen soll.“

Und Legien, der auf diesem Parteitag zu dem Tagesordnungspunkte: „Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Unterstützung durch die Parteigenossen“ referierte, führte unter anderm aus:

„Die gewerkschaftliche Organisation ist die Vorstufe für die politische Bewegung. Wenn wir an Arbeiterkreise, die abseits dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe ferngestanden haben, herantreten wollen, so dürfen wir ihnen zuerst nicht mit weittragenden politischen Ideen kommen; die Gewerkschaftsorganisation zieht den Arbeiter dadurch heran, daß sie ihm materielle Vorteile in Aussicht stellt, ihm den Mangel an Harmonie zwischen Arbeit und Kapital klarlegt und so auch die indifferentesten Arbeiter in die Bewegung hineinzieht. So ist sie das beste Agitationsmittel für die politische Bewegung. Aber weiter ist auch diese Organisation eine weit bessere Schule als die politische Organisation, viel besser geeignet, den Arbeiter zu einem festen Charakter, zu einem opferfreudigen Genossen zu machen.“

Beide Zitate erinnern lebhaft an Äußerungen v. Schweizers aus den Anfängen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, nur in umgekehrter Reihenfolge. Es geht eben nicht an, die Gründer der modernen Gewerkschaften dafür verantwortlich zu machen, wenn diese nicht von Erfolg zu Erfolg schritten, sondern immer wieder Rückschläge erlebten. Die Sache liegt vielmehr so: Hatte sich Lassalles Erwartung, das Klassenbewußtsein des deutschen Proletariats werde sich im Sturme als eine unüberwindliche Macht erweisen lassen, als trügerisch erwiesen, so auch v. Schweizers Erwartung, daß sich die deutschen Arbeiter im Sturm zu respektablen Gewerkschaften und diese gleichzeitig zu einem Gewerkschaftsverbande würden zusammenschließen lassen. Die Dinge sehen in Wirklichkeit anders aus, als Lassalle sowohl wie v. Schweitzer sie sich im Geiste ausgemalt hatten. Der Zwischenraum, der zwischen der ersten mächtigen Aufrüttelung der Arbeiter und ihren dauernden kampffähigen Organisationen liegt, muß eben durchschritten, kann nicht überflogen werden. Was die Gründer der modernen deutschen Arbeiterbewegung im Großen erlebt, haben wir nachdem noch recht oft in allen Berufen und an den einzelnen Orten durchmachen müssen. Bei alledem sind die deutschen Gewerkschaften das geworden, was sie vor Beginn des Weltkrieges waren: Eine Macht in den Händen der Arbeiter! Aber wir hoffen, daß sie es nach Beendigung des Weltkrieges bald wieder werden, in größerer Stärke, als es in den ersten fünfzig Jahren ihrer Existenz möglich war.

Ursachen der Mißstimmung.

Daß eine allgemeine Mißstimmung in Deutschland besteht, wird nicht in Abrede gestellt werden können. Hat sich doch das Stellvertretende Generalkommando der Marken

veranlaßt gesehen, den Verbreitern ungünstiger und unwahrer Gerüchte ein Jahr Gefängnis anzudrohen und die Bestrafung auch für den Fall in Aussicht zu stellen, daß der Verbreiter ausdrücklich hinzufüge, er glaube nicht, daß jene Gerüchte wahr seien. Natürlich ist es der denkbar verkürzte Weg, durch Strafandrohungen unerwünschter Stimmungen Herr werden zu wollen. Die militärische Auffassung, durch Drohungen könnten Gemütsregungen bezwungen werden, erleidet schon in der Kaserne jämmerlich Schiffbruch, viel mehr aber noch in der breiten Öffentlichkeit, die ihren Kopf nun einmal für sich hat und deren Schreullen nur durch sich selbst, nie durch äußeren Zwang überwinden werden können. Zumal die Militärdiktatur, die unter dem Belagerungszustand die Herrschaft auch über das bürgerliche Leben gewinnen möchte, erfreut sich allgemein einer so scharf ausgeprägten Unbeliebtheit, daß ein Erlaß wie der erwähnte des Generals v. Dinsingen nur Del ins Feuer gießt und auch die Wenigen vollends noch erbittert, die sich bisher von der allgemeinen Mißstimmung freizuhalten vermochten.

Ein Erfolg muß der Drohung schon um deswillen versagt bleiben, weil ein gerüttelt volles Maß von Ursachen vorliegt, die zur Mißstimmung führen. Es mag zugegeben werden, daß die militärischen Schläppen an der Westfront nicht ermutigend gewirkt haben. Aber es wäre durchaus falsch, in ihnen den alleinigen Grund oder auch nur den Hauptgrund für die gedrückte Stimmung zu sehen, der man überall und in allen Kreisen begegnet. Mehr als die Zurückdrängung unserer Front an sich macht das Drum und Dran mißmutig, unter dem durch das offiziöse Depeeschendebureau von Wolff die Sachlage dargestellt wird. Dieses Verschleiern unangenehmer Tatsachen, wie es durch Wolffs Telegraphendebureau systematisch betrieben wird, verärgert und wirkt schlimmer als der vollzogene Rückzug an sich. Das Verschleiern erweckt auch das Mißtrauen. Nicht die Mißmacher haben die Mißstimmung erzeugt, sondern die einfältigen Verschönigungsversuche durch die Offiziösen. Man soll doch das deutsche Volk nicht für so unweis halten, daß es solche Widersprüche nicht merkt. Jeder begreift, daß in einem Krieg wie dem jetzigen nicht immer der Erfolg nur auf einer Seite sein kann. Hat der Gegner mehr Mannschaften und mehr Material zur Verfügung, so wird er eben Oberwasser bekommen, wenn auch nur vorübergehend. Was in den letzten Tagen in den offiziösen Berichten betont wird, daß nämlich die Entente an der Westfront mehr Truppen auf uns werfen kann, als wir entgegenzustellen vermögen, das hätte von vornherein her borgehoben werden können. Noch andere Einzelzüge unserer offiziösen Kriegsberichterstattung ließen sich anführen zum Beweise dafür, daß die innere Unwahrheit unserer Offiziösen schuld ist an dem Umsichgreifen einer starken Mißstimmung. Es war ein gutes Wort, das im Reichstage Dr. Naumann prägte, als er forderte, die Regierung solle wahr sein gegenüber dem Volke.

Den meisten Anlaß zu dauernder und sich steigender Mißstimmung geben jedoch die politischen und wirtschaftlichen Zustände im Innern. Die Flut von Verordnungen, in denen sich kein Mensch mehr auskennt, die bald verschärft, bald gemildert oder aufgehoben werden, hat eine Unsicherheit wachgerufen, die sich als kräftiger Anreiz äußert. Ein Mißblatt brachte jüngst den Scherz, in einer Versammlung habe jemand geäußert, es gebe niemand, der sich nicht schon gegen Kriegsverordnungen vergangen habe. Als einer behauptete, von ihm gelte das nicht und er dieses Wunder erklären sollte, antwortete er, er sei eben erst aus dem Buchthaus gekommen. Schmerzlichste, Ungeschicklichkeit, teilweise sogar offensichtliche Unfähigkeit arbeiten gemeinsam daran, unsere ganze Kriegswirtschaft als Geißel zu empfinden, die über uns geschwungen wird. Man entbehrt und man hungert, nicht gern, aber weil die Verhältnisse es mit sich bringen. Den wirklichen Kriegsnotwendigkeiten fügt man sich. Doch das nutzlose Experimentieren, das überflüssige Reglementieren, das scharfe Zufassen hier und die schwächliche Rücksichtnahme dort, die unnötigen Belästigungen und Erschwerungen — das alles hat nach und nach einen Zustand allgemeiner Nervosität erzeugt, deren Niederschlag die Mißstimmung und allgemeine Unzufriedenheit ist. Mit Strafandrohungen ist dem nicht beizukommen, auch nicht durch schöne Reden, mögen sie noch so gutgemeint und richtig sein. Nur die befreiende Tat kann Wandel schaffen. Befreiende Taten sind möglich und ohne Zeitverlust vorzunehmen auf dem wirtschaftlichen und dem politischen Gebiete. Der oberste Leiter der Kriegswirtschaft ist mit so weitgehenden Befugnissen ausgestattet worden, daß er mit vollem Rechte verantwortlich zu machen ist für den endlosen Wirrwarr zwischen den Verordnungen der einzelnen Wirtschaftsstellen. Bleibt der jetzige Zustand unverändert, so wird bald die Mehrheit des Volkes hinter derjenigen Richtung stehen, die sagt: Fort mit der ganzen Zwangswirtschaft! Laßt wieder den freien Handel gewähren! Schlimmer als jetzt kann es nicht werden und teurer als jetzt werden wir dann auch nicht fahren! — Es ist sehr fraglich, ob diese Hoffnungen sich erfüllen würden. Aber das Verlangen, der peinigenden und doch nichts vor sich bringenden Viel-

regiererei aus dem Wege zu gehen, ist so stürmisch, daß jeder andere Zustand begehrenswerter erscheint. Die Regierung fordert Vertrauen und Geschlossenheit. Sie wird keines von beiden ernten, wenn sie nicht an ihrem Teile zunächst für Abstellung aller der wirtschaftlichen Mißstände sorgt, die nur drücken, aber nach keiner Richtung hin nützen.

Der zweite Hebel muß auf dem politischen Gebiete angelegt werden. Da steht im Mittelpunkt des Interesses das preußische Wahlrecht. Die Rede Hertlings im Herrenhause las sich ganz gut, entsprach jedoch nicht dem, was erwartet wurde. Als Ministerpräsident sollte er nicht länger mit der Auflösung des Landtages zaudern. Er hat schon viel zu lange gewartet. Die Regierung ist selbst schuld, wenn ihr Verhalten niemand befriedigt. Selbst die schwerindustrielle „Deutsche Zeitung“ warf unlängst der politischen Reichsleitung Feigheit vor. Sie rief nach einem starken Manne im Sinne der Alldeutschen. Nach dem starken Manne sehnt sich auch das Volk. Es fordert eine Persönlichkeit, die im Innern dem freien, allgemeinen und gleichen Wahlrecht ohne jede Verkläuterung und „Sicherung“ zur Annahme verhilft und ohne Furcht vor dem Gellärm der alldeutschen Schreier den Weg zum baldigen Frieden beschnitten, eindeutig und sicher. Das Volk verlangt, daß der Reichskanzler seine Geschäfte nicht als die einer Zweigstelle des Hauptquartiers auffaßt, sondern daß auf ihm die Verantwortung allein ruht, und daß das Heer nichts anderes sein darf als ein dienendes Werkzeug der Politik, die vom Kanzler unter Zustimmung und Mitwirkung der Volksvertretung geführt wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kassengeschäftliches.

Die Abrechnung für das dritte Quartal findet mit dem 20. September ihren Abschluß; mit diesem Datum ist buchmäßig das dritte Quartal beendet.

Es wird daher hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Kassierer verpflichtet ist, am 20. September die Kassensbücher für das dritte Quartal abzuschließen, die Abrechnung für die Zentralkasse aufzustellen und die letztere, nachdem dieselbe von den Revisoren geprüft und unterzeichnet ist, mitsamt den noch an die Zentralkasse abzuführenden Zentralfondsbeiträgen bis spätestens am 15. Oktober einzusenden.

Ebenso sind Belege über etwaige der Zentralkasse anzurechnende Ausgaben gleichzeitig mit einzusenden.

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 6

(Ostfachsen, die Niederlausitz und Niederschlesien).

Bericht vom ersten Halbjahr 1918.

Eine Verminderung der Arbeitstätigkeit ist auch im verfloßenen Halbjahr nicht eingetreten. Nachfrage nach Zimmerern war stets vorhanden; sie konnte nicht befriedigt werden. Bei der immer zunehmenden Eingiehung zum Militär ging die Zahl der im Beruf arbeitenden Zimmerer in den meisten Bezirken noch zurück, so daß für die Verbleibenden durchweg Arbeit vorhanden war. Eine Ausnahme davon bildet nur die Zahlstelle Neugersdorf i. S., die längere Zeit eine Anzahl Arbeitslose zu verzeichnen hatte. Aber auch diese Kameraden hatten Gelegenheit, teils in Dresden, teils anderwärts Beschäftigung zu finden, die ihnen trotz der doppelten Haushaltung den Verdienst sicherte, den sie am Orte haben. Eine Anzahl Mitglieder des Gaus fand auch in Laute Arbeit, wo sich die Zahl der arbeitenden Zimmerer im März bis auf circa 700 vermehrt hatte, die sich allerdings in der letzten Zeit durch Fertigstellung von Bauten, teils auch durch Wiedereingiehung zum Militär bis auf 500 vermindert hat. An diesem Gau gelang es auch nach langen schwierigen Verhandlungen, durch Schaffung eines Nachtrages zum Tarifvertrage für alle am Gau beschäftigten Zimmerer eine Kriegszulage von 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, zahlbar ab 1. April dieses Jahres, zu erzielen. Im übrigen wurde der für diese Bauten geltende Tarifvertrag bis zu dem Termin der zentralen Tarifverträge verlängert mit dem Zusatz, daß, wenn im Laufe des Jahres zentral eine weitere Teuerungszulage in Kraft tritt, diese dann auch Geltung für die Bauten in Laute und Grita hat. Der Stundenlohn beträgt demnach auf den Bauten der genannten Orte seit 1. April dieses Jahres pro Stunde M 1,30.

Eine im April aufgenommene Statistik über die Zahlung des zweiten Teiles der dritten Teuerungszulage ergab: In den Zahlstellen Bauten, Bischofswerda, Buntzlau, Dresden, Finsterwalde, Freiberg, Forst, Görlitz, Großenhain, Großhirsberg, Königsbrunn, Langenöls, Lauban, Löbau, Markkleeberg, Müdenberg, Mühlberg, Neugersdorf, Riesa, Oberneukirch, Othenriensdorf, Penzig, Reichenau, Riesa, Ruppertsdorf, Sagan, Senftenberg, Sohland, Sommerfeld, Spremberg, Sprottau, Welsow und Zittau wurde die zweite Rate der letzten Teuerungszulage in Höhe von 5 $\frac{1}{2}$ pro Stunde ab 1. April dieses Jahres ohne weiteres gezahlt. Dagegen mußten wir in den Zahlstellen Friedeberg und Löwenberg mehrmals schriftlich und mündlich verhandeln, um die dortigen Unternehmer zur Zahlung derselben zu veranlassen. Was die übrigen Zahlstellen Elsterwerda, Lahn, Liebenwerda, Ortrand, Seidenberg, Sora und Weiskwasser anbelangt, so ruht in diesen die Bautätigkeit fast vollständig, und die wenigen Zimmerer, die hier schaffen, sind leider nicht gewillt, anderwärts Arbeit anzunehmen, um dadurch auf die volle Zahlung der Teuerungszulage einzuwirken. Hinzu kommt noch, daß in den genannten Zahlstellen auch noch ein kleiner Teil Unorganisirter beschäftigt ist, so daß heute

noch nicht die volle Kriegszulage von 37 beziehungsweise 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bezahlt wird, sondern pro Stunde 2 bis 5 $\frac{1}{2}$ weniger.

Im allgemeinen darf wohl gesagt werden, daß die Zahlung der letzten Teuerungszulage keine Schwierigkeiten gemacht hat. Um so schlimmer aber ist von seiten der Mitglieder allenthalben Klage geführt worden, daß die Teuerungsverhältnisse sich derart verschlechtert haben, daß sie eine weit höhere Zulage nötig hätten, um nur einigermaßen den gesteigerten Ausgaben gerecht zu werden. Diese Klagen der Mitglieder sind auch voll berechtigt, da tatsächlich seit der letzten Teuerungszulage vom Dezember 1917 sich die Ernährungsverhältnisse derart gestaltet haben, daß die Nationen knapper geworden sind und der Arbeiter ebenfalls gezwungen ist, auf schlechtere Lebensmittel zu laufen, die er allerdings mit Wucherpreisen bezahlen muß. Des weiteren wird in allen Mitgliederversammlungen und auf den größeren Bauten von unsern Mitgliedern lebhaft Klage darüber geführt, daß sie nicht als Schwerstarbeiter gelten, wo doch ihre Arbeit mit der schwersten und gefährlichsten gehört. Vor allen Dingen will man nicht verstehen, daß die weiblichen Arbeiterinnen der Kriegsbetriebe als Schwerstarbeiter gelten, die doch zum großen Teil bei weitem nicht so schwere Arbeit zu leisten haben, wie sie ein Zimmerer leisten muß. Nicht allein, daß die Brotzulage der Schwerstarbeiter eine höhere ist als die des Schwerarbeiters, auch sonst bekommen die Schwerstarbeiter von Zeit zu Zeit Zulagen an Fleisch, Speck, Butter, Wurst usw. Von alledem erhalten die Zimmerer nichts. Kein Wunder deshalb, wenn die Unzufriedenheit darüber sich in den Zusammenkünften in recht drastischer Weise äußert. Denn daß der Zimmererberuf einer der schwersten und mit gefährlichsten an Leben und Gesundheit ist, dürfte wohl kaum von jemand bestritten werden; deshalb wäre es wohl an der Zeit, daß die maßgebenden Kreise noch einmal ernstlich prüfen, ob nicht auch die Zimmerer als Schwerstarbeiter zu gelten haben. Ein weiterer Nebelstand ist die Beschaffung von Arbeitskleidung und Schuhwerk. In der letzten Zeit liest man in der Presse, daß für landwirtschaftliche Arbeiter sowie für Arbeiter der Kriegsbetriebe abgelegte Militärfeldkleidung und Schuhwaren gegen nicht allzu hohe Preise zur Verteilung kommen sollen. Mit Recht haben sich die Zimmerer bereits in einigen vor kurzem stattgefundenen Versammlungen mit diesen Mitteilungen befaßt und den Wunsch geäußert, daß hoffentlich auch sie mit der Verteilung solcher Kleidung und Schuhwerk bedacht werden, da sie besonders unter dem Mangel an Kleidung leiden, ganz besonders aber an Schuhwerk, was bei dem nahenden Winter noch stärker in Erscheinung treten dürfte. Bekanntlich muß ja der Zimmerer ständig in Schuhen oder Stiefeln arbeiten, weil schon die ohnehin starke Unfallgefahr ein Tragen von Holzschuhen und Pantoffeln nicht zuläßt, was bei andern Arbeitern wohl angeht. Es wäre deshalb zu wünschen, daß bei der Verteilung von Kleidung und Schuhwerk auch die Zimmerer mit daran teilnehmen könnten. Auf beiden Gebieten, sowohl bei der Verteilung der Nahrungsmittel wie bei der Verteilung von Kleidung und Schuhwerk, muß in nächster Zeit verlangt werden, daß mehr geschieht; denn sonst haben unsere Zimmerer ein Recht, darüber zu klagen, daß es in dieser Beziehung ungerecht zugeht.

Besonders fühlbar sind für den Arbeiter heute die überaus hohen Preise für sämtliches Frischgemüse. Ein einfaches Mohrrübengericht kostet heute für eine fünfköpfige Familie pro Mittag M 3 und mehr ohne Fleisch. Tatsächlich braucht der Arbeiter heute den Verdienst nur für seine Ernährung. Was wird aber mit Kleidung, Wäsche, Schuhwerk und sonstigen zum Lebensunterhalt nötigen Artikeln? Weiter kommen die ungeheuren Steigerungen für Heizmaterial, Kohlen, Holz und Koks in Frage. Auch die Mehrbelastung an Steuern darf nicht vergessen werden. Weiter muß der Zimmerer das gesamte Handwerkszeug liefern, was bei den ebenfalls hohen Preissteigerungen weitestehende Ausgaben verursacht. In letzter Zeit sind dazu noch wesentliche Mietzinssteigerungen gekommen, so daß die Belastung eine derartige ist, daß es kein Wunder nimmt, wenn in der letzten Zeit sich in recht dringlicher Weise allgemein aus den Mitgliederkreisen und den Zahlstellen der Wunsch geltend gemacht hat, daß unter allen Umständen eine weitere, den jetzigen Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage erreicht werden müsse.

Demgegenüber muß allerdings erklärt werden, daß bis zum 30. September dieses Jahres die Löhne durch Vereinbarung geregelt sind und vor dieser Zeit Lohnerhöhungen kaum einzusetzen dürften. Leider hat der Deutsche Arbeiterverband auf eine von den Zentralvorständen der baugewerblichen Organisationen eingereichte Forderung, Verhandlungen zu einer weiteren Gewährung einer Teuerungszulage herbeizuführen, es abgelehnt, zu dieser Frage jetzt Stellung zu nehmen. Hoffentlich wird dieser ablehnende Standpunkt des Arbeitgeberbundes bald einer Revision unterzogen, dahingehend, daß erneut geprüft wird, ob unter den heute gegebenen Verhältnissen ein Aufkommen möglich ist. Wird in dieser Beziehung nichts getan, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn in der nächsten Zeit diese Unzufriedenheit Formen annimmt, die leicht dazu führen können, das friedliche Verhältnis im Baugewerbe zu stören, was für beide Teile nicht erwünscht wäre. Mögen die maßgebenden Faktoren, deren Macht es zuläßt, Verhandlungen herbeizuführen, alles tun, um den gerechten Wünschen der Zimmerer entgegenzukommen.

Bezüglich der Agitation wurde an alle Unorganisierten das kleine Flugblatt des Zentralvorstandes verteilt. Bezüglich der Juni-Agitation ist ebenfalls von seiten der Gauleitung helfend eingegriffen worden und sind dabei auch ganz schöne Erfolge zu verzeichnen. Ein besonderer Bericht über die gesamten Erfolge dieser Agitation ist von den einzelnen Zahlstellen nicht eingekandt worden, da ein solcher dem Zentralvorstand direkt zugesandt werden sollte. Aus den Mitgliederlisten der Abrechnungen der Zahlstellen ergibt sich umstehendes Bild über gewonnene Mitglieder im zweiten Quartal dieses Jahres (die Mehrzahl dieser Mitglieder dürfte sich auf den Monat Juni erstrecken.)

Ist auch der Erfolg kein allzu großer, so muß er doch immerhin anerkannt werden. Der Beweis dürfte aber mit dieser Juni-Agitation geliefert sein, daß bei intensiver eifriger Agitation noch mehr Mitglieder zu gewinnen sind. Sedenfalls darf das Resultat nicht dazu führen, nun zu

ruhen, sondern muß dazu führen, unablässig für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes tätig zu sein. Diese ernste Mahnung mögen alle Verbandsmitglieder einmal richtig befolgen, dann dürfte der Erfolg noch weit größer sein.

Zahlstelle	Gewonnene Mitglieder	Zahlstelle	Gewonnene Mitglieder
Bauhen	2	Mühlberg	1
Bischofswerda	2	Neugersdorf	4
Bunzlau	3	Niesky	2
Dresden	48	Oberneufkirch	1
Freiberg	2	Oberrennersdorf	1
Gröblich	4	Ortrand	1
Gröblich	1	Riesa	4
Lahn	1	Ruppertsdorf	1
Lauban	1	Senftenberg	125
Löwenberg	1	Sohland	1
Sprotau	1	Welsow	3
Zittau	14		
		Zusammen...	224

Weiter haben stattgefunden 3 Gauvorstandsitzungen und 21 Sitzungen mit Zahlstellenvorständen, wo die Gauleitung daran teilnahm. Kassenrevisionen beziehungsweise Abrechnungen wurden 57 erledigt, darunter 2 Kassenübergaben. Versammlungen, in denen die Gauleitung zugegen war, fanden 24 statt. Agitationen anderer Art wurden 20 erledigt. Außerdem wurde in 8 Fällen Agitation betrieben in Orten, wo eine Zahlstelle nicht besteht. Wegen Zahlung der Teuerungszulage und zur Erreichung einer solchen fanden 11 Verhandlungen und eine Versammlung statt. Insgesamt wurden in 132 Fällen 39 Zahlstellen besucht beziehungsweise in ihren Angelegenheiten unterstützt.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Mitgliederbestand am 31. Dezember 1917 2429; eingetretene beziehungsweise erneuert und übergetreten 380, zugereift 315, Restanten haben nachgezahlt 82, zusammen 3206. Ausgetreten 42, gestrichen 82, abgereift 222, gestorben 21, zum Militär 208, vom Beitrag befreit nach § 7 Absatz 5, Restanten 71, zusammen 651. Bleibt am Schlusse des zweiten Quartals ein Mitgliederbestand von 2555. Nach diesem Mitgliederbestande ist eine Zunahme von 126 Mitgliedern zu verzeichnen. Ein sehr kleiner Erfolg, der weit besser ausfallen könnte, wenn alle unsere Mitglieder es sich angelegen sein ließen, überall, wo sie mit Zimmerern zusammen kommen, festzustellen, ob diese unsern Verbände angehören und, wenn das nicht der Fall ist, sie dann diesem zuführen. Zeigt uns doch die Juni-Agitation, daß bei intensiver Agitation immer noch Erfolge zu erreichen sind. Deshalb, Kameraden, nützt die Zeit aus und versucht unablässig für die weitere Ausbreitung unserer Organisation zu wirken!

Der schriftliche Verkehr betrug an Eingängen 697, an Ausgängen 1335. Wiederum sind sechs Monate ins Land gegangen, ohne daß dem langersehnten Ziele, der Menschheit den Frieden zu bringen, wesentlich näher gekommen wäre. Das graue Spiel geht weiter. Wann endlich wird die Vernunft auch in den Kreisen zum Durchbruch kommen, die die Macht besitzen, dazu beizutragen, daß eine Verständigung gefunden wird, die endlich dazu führt, die leidende Menschheit aus den Fesseln des Krieges zu befreien?

Reinhard Köhler, Dresden.

Unsere Lohnbewegungen.

Der Schühengraben als Strafe für Lohnforderung. Die bei den Unternehmern auf dem Flugplatz in Warnemünde bei Rostock beschäftigten Zimmerer bemühten sich notgedrungen um eine Lohnaufbesserung. Die Unternehmer haben bisher abgelehnt, Teuerungszulagen zu bewilligen. Zum Teil wurde angeführt, daß die Organisation der Unternehmer ihnen die Bewilligung verbiete. Verschiedene Firmen drohten den Arbeitern mit dem Schühengraben, was ihnen dann auf Einspruch der Gewerkschaften verboten wurde. Indessen wissen die Unternehmer sich zu helfen, wie die folgende Anzeige der Firma Tuchscherer, Sitz Breslau, an das Bezirkskommando in Rostock beweist. Die Anzeige lautet:

Karl Tuchscherer
Spezial-Baugeschäft
Breslau 2.

Flugplatz Warnemünde, 21. August 1918.

Großherzogliches Bezirkskommando, Rostock.
Am hiesigen Flugplatz bin ich im Auftrage der Kaiserlichen Marine mit dem Bau einer Hafenhalle beauftragt. Unter den mir für diese Arbeiten von der Heeresverwaltung zurückgestellten Facharbeitern befindet sich auch der dem dortigen Bezirkskommando unterstellte Unteroffizier (Zimmermann) . . . (folgt Name), geboren den 19. 8. 1884, U. v. S., der noch bis zum 30. 11. 18. zurückgestellt ist. In letzter Zeit ist unter meinen Arbeitern eine Lohnbewegung entstanden, die darauf hinauszielt, den jetzt gezahlten Stundenlohn um nahezu 50 pSt. in die Höhe zu treiben. Diese auch mit den jetzigen Teuerungsverhältnissen nicht zu rechtfertigende Mehrforderung kann natürlich von keinem Unternehmer bewilligt, wie auch von keiner Behörde beantwortet werden. Als Organisator dieser Lohnbewegung kann der oben genannte . . . angesehen werden, bei dessen Ausscheiden aus meinem Dienst wieder Ruhe und Zufriedenheit unter meinen Arbeitern herrschen würde.

Angeichts des unruhigenden Verhaltens des . . . kann ich kein Arbeitsverhältnis nicht weiter aufrecht erhalten und stelle ganz ergebenst anheim, über ihn militärisch zu verfügen. (Unterschrift unleserlich.)

Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen und Umgegend. Am 1. September tagte unsere Mitgliederversammlung, in der auch die auswärtigen Bezirke durch Delegierte vertreten waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Lohn- und Tarifrage; 2. Beiträge- und Unterstützungseinrichtungen unseres Zentralverbandes. Referent Kamerad Wolgast, Hamburg. 2. Verschiedenes. Zum ersten Punkt führte Kamerad Wolgast etwa folgendes aus: Das zu behandelnde Thema umfasse die gesamte Tätigkeit unseres Verbandes. Den Vorrang nahmen die Lohn- und Tarifrage ein. Der Stand der Lohnfrage, die Höhe des

Lohneinkommens bilden die Grundlage für die Existenz der Arbeiter. Krieg und Teuerung haben das Lohneinkommen entwertet, trotz der erzielten Zulagen. Das Streben nach höheren als den tariflich festgesetzten Löhnen sei zu verstehen und auch vollumfänglich berechtigt. Tariflöhne seien Mindestlöhne. Dieser Standpunkt, der bisher energisch nur von unserm Verband vertreten wurde, gewinne anscheinend immer mehr an Boden, auch in den uns verwandten Organisationen. Damit vergrößere sich die Aussicht, ihn baldigst endgültig durchzusetzen. Uebrigens werde dieser Standpunkt sowohl von Reichsstellen als auch von bewährten Tarifvertragsvereinigern vollkommen gebilligt.

Nur der Arbeitgeberbund bereite ihm heftigen Widerstand, und leider fände er dabei Unterstützung durch die Kriegsamtsstellen und Schlichtungsausschüsse. Ueberschreitungen der Tariflöhne würden als Tarifverletzung bezeichnet und mit Strafen, eventuell gar mit Schließung der Betriebe bedroht, während die Zahlung von geringeren Löhnen, als der Tarifvertrag vorschreibt, als gerechtfertigt hingestellt wird. Um hierin Wandel zu schaffen, habe der Zentralvorstand unseres Verbandes dem Reichswirtschaftsamt eine Denkschrift eingereicht, in der eine Anzahl derartiger Fälle gesammelt ist. In der Denkschrift werde aber auch die Dringlichkeit einer neuen Teuerungszulage bemessen. Redner ging noch kurz auf die jetzige Teuerungszulagenbewegung ein und teilte mit, daß zentrale Verhandlungen angelegt seien. Dringend notwendig sei jedoch, daß künftig auch unsere Mitglieder allen Tarifvertragsfragen die größte Beachtung schenken, nur dann würden wir mit Erfolg voranschreiten. (Auf die Wieberegabe des zweiten Teiles des Vortrages kann verzichtet werden, da er bereits im „Zimmerer“ Nr. 37 behandelt ist. Die Mediation.) Kamerad Steffen gab ein Bild über die örtlichen Verhältnisse. Unser Lohn betrug im Jahre 1917 75 $\frac{1}{2}$, heute beträgt er 1,19; also macht die Steigerung 58,6 pSt. aus. Entsprechend der Steigerung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel mußte der Stundenlohn 3,42 betragen. Für neun Arten von Lebensmitteln, die 1918 3,44 kosteten, bezahlte man heute 17,39, eine Steigerung von 407 pSt. Brot ist um 176 pSt., Fleisch um 484 pSt., Gemüse um 236 pSt. verteuert. Schuhzeug ist um 745 pSt. im Preise gestiegen; für vorgenannte Teile zahlte man 1914 119,37, im Juli d. J. hingegen 754,34, eine Steigerung von 348 pSt. Wir bleiben mithin mit unserer Lohnsteigerung um 288 pSt. zurück. In vorliegenden Zahlen sind die Schleichhandelspreise noch nicht einmal eingerechnet, obwohl ohne Schleichhandel heute überhaupt keiner mehr leben kann. Nun ist die Lohnfrage für uns die wichtigste. Die Tarifrage wurde eine Zeitlang von unsern Mitgliedern wenig beachtet. Gegen die Gefahr, für die Zukunft noch mehr gebunden zu werden, müssen wir uns wehren. Die Mitglieder haben in allen unsern letztjährigen Versammlungen unbedingte Bewegungsfreiheit über Annahme und Ablehnung von Tarifverträgen verlangt. Weiter verlangten die Mitglieder, daß die heutigen Tariflöhne einschließlich Teuerungszulagen die Löhne für die Zukunft sein müssen. Gegen ein Abbauen dieser Teuerungszulagen, wie ihn die Arbeitgeberverbände planen, würden sich die Mitglieder energisch wehren. — Mit den heutigen Unterstützungseinrichtungen sei bei der Entwertung des Geldes nicht auszukommen. Wollen wir aber die notwendigen Änderungen durchsetzen, so müßten wir auch die erforderlichen Mittel bereitstellen. Im Namen des Vorstandes empfahl Redner die bereits in Nr. 36 des „Zimmerer“ mitgeteilte Resolution nebst folgendem Antrag: „Die vorausgesetzte Beitragserhöhung wird in der Zahlstelle Bremen vom ersten Quartal 1919 um 20 $\frac{1}{2}$ pro Woche durchgeführt. Die Erhöhung ist nach der zentralen Erledigung auf die zentralen Beiträge anzurechnen.“ In der Diskussion hoben alle Redner hervor, daß die jetzige Lohnhöhe auch nicht annähernd ausreicht, das Notwendigste zum Lebensunterhalt zu kaufen. Namentlich die Löhne im Baugewerbe hätten nicht Schritt gehalten mit den Löhnen in der Industrie, trotzdem gerade im Baugewerbe nachweislich enorme Gewinne während des Krieges erzielt wurden. Von den jetzt beginnenden Verhandlungen erwartet die Versammlung, daß ihren gerechten Forderungen Rechnung getragen wird. Ein Redner hob besonders hervor, daß auch den Wünschen der Großstädte mehr denn bisher Rechnung getragen werde. Einer Tarifverlängerung dürften die Vertreter bei unzureichenden Zugeständnissen nicht zustimmen. Nur unter dieser Bedingung könne für die Zukunft dem Tarifvertrage das Wort geredet werden. Auch über Annahme und Ablehnung müsse den Mitgliedern Entscheidungsrecht zugestanden werden. Im übrigen unterstützten alle Redner die in Aussicht stehende Revision unserer Unterstützungseinrichtungen. Nur ein Redner wandte sich gegen eine augenblickliche Beitragserhöhung. Nach Schlussworten von Wolgast und Steffen fand die vorliegende Resolution bei gut besetzter Versammlung einstimmige Annahme. Der Antrag des Vorstandes wurde ebenfalls mit Mehrheit angenommen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden zu der am 15. September stattfindenden Gaukonferenz in Hamburg drei Delegierte gewählt, und zwar Steffen, Caspar und Werner. Da weiter nichts vorlag, schloß Steffen die Versammlung mit dem Wunsche, auch in Zukunft die Versammlungen so gut zu besuchen wie heute und unserer Sache allgemeines Interesse entgegenzubringen.

Labiau i. Ostpr. In unserer Zahlstelle sind zurzeit vier Zimmerer beschäftigt, die sämtlich dem Verbandsangehören. Unorganisierte sind nicht vorhanden.

Riegen. Unsere Mitgliederversammlung am 4. September befaßte sich zunächst mit den tariflichen Bestimmungen. Kamerad Jäschke führte hierzu aus: Wenn die Unternehmer bei den letzten zentralen Verhandlungen am 27. bis 29. November 1917 in dem Glauben waren, die Teuerung habe ihren Höhepunkt erreicht, so sei dem heute nicht so; es seien die Lebensmittel sowie alle andern Bedarfsartikel nochmals um das Doppelte und Vierfache im Preise gestiegen. Bei dem jetzt bestehenden Stundenlohn sei es nicht mehr möglich, das Leben zu fristen. Die sich zum Wort meldenden Kameraden waren der Meinung, daß man schon längst hätte mit einer Forderung an die Unternehmer herantreten müssen. Kamerad Jäschke wurde beauftragt, an den Vorsitzenden des Bundes am Orte ein Schreiben zu

richten, in dem um Gewährung einer angemessenen Teuerungszulage auf den jetzt bestehenden Stundenlohn gebeten wird. In „Verbandsangelegenheiten“ nahm die Versammlung Kenntnis davon, daß Kamerad Wilhelm Giller II im Kriege gefallen ist. Seine Hinterbliebenen werden das von der Lokalkasse festgesetzte Sterbegeld erhalten. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde bekanntgegeben. Sie ergab eine Einnahme für die Hauptkasse von 401 und eine Ausgabe von 42. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 136,25, die Ausgabe 89,75; Bestand der Lokalkasse 2072,80. Einwendungen wurden nicht erhoben. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Regensburg. Am 1. September fand eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete die Teuerungszulage. Der Vorsitzende verlas die in den vorhergehenden Gauen Deutschlands geforderten unsinnigen Preise für Nahrungs- und Bekleidungsartikel. Die Anwesenden bekräftigten ihre Auffassung dahin, daß den Zimmerern nichts mehr übrig bleibe, als die Arbeitsstellen zu verlassen und auf dem Lande Arbeit anzunehmen, um nicht die letzten Kräfte zu verlieren. Weiter wurde noch das ewige Herumdrehen des Arbeitgeberbundes betreffs der Teuerungszulagengewährung aufs schärfste beurteilt. Mit der Mahnung zum geschlossenen Kampf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schuppenbeil. Ueber die Agitation in unserer Zahlstelle läßt sich berichten, daß hier ein Zimmerer unorganisiert ist, obgleich er mehrere Male von hiesigen Kameraden aufgefordert wurde, dem Verbands beizutreten. Er hat auch versprochen, beizutreten, ist bis jetzt aber noch nicht erschienen. Ein Kamerad war vor dem Kriege auch Mitglied und ist jetzt vom Militär entlassen. Trotzdem ich ihn öfters zur Rebe gestellt habe und er es auch wiederholt versprochen hat, sich bei mir zu melden, um sein Buch in Ordnung zu bringen, hat er es bis jetzt nicht getan. Er wird wohl die fünf Reichsmarken von vor dem Kriege nicht nachzahlen wollen. Er weiß nicht einmal, wo sein Buch ist; denn ich habe sie alle, nur das nicht.

Sterbetafel.

Hildesheim. Am 3. September starb nach kurzer schwerer Krankheit unser bisheriger Kassierer Heinrich Schröder im 65. Lebensjahre.

Mannheim. Am 4. September starb unser langjähriges Mitglied Andreas Schurr an Wasserfucht.

Baugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 12. September entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Allenstein 5, Angerburg 10, Gerdauen 5, Goldap 12, Gumbinnen 5, Insterburg 5, Königsberg 20, Lyck 25, Marienburg 7, Stallupönen 3; Westpreußen: Danzig 6, Elbing 4, Schwie 10; Pommern: Rostin 5, Labes 1, Stettin 42, Wollin 1; Brandenburg: Berlin 9, Neutölln 4, Frankfurt 5, Landsberg 2; Provinz Sachsen, Anhalt: Erfurt 8, Halle 50, Mühlhausen 5, Nordhausen 5, Suhl 20; Königreich Sachsen: Borna 20, Chemnitz 5, Dresden 76, Köthenbroda 5; Thüringen: Altenburg 30, Apolda 10, Gera 5, Gotha 5, Jena 50, Meiningen 50, Schmöln 6, Sondershausen 5, Sonneberg 15, Zeulenroda 2; Hannover, Oldenburg, Braunschweig: Emden 2, Osnabrück 2, Hameln 5, Hannover 8, Celle 8, Lüneburg 6, Holzminden 10, Nürtingen 31, Nottensburg 2, Bremen 5, Bremerhaven 10; Schleswig-Holstein: Cuxin 5, Flensburg 10, Kiel 88, Lübeck 16, Segeberg 10, Hamburg 11; Hessen-Nassau, Hessen: Frankfurt 6, Gießen 15, Limburg 15, Mainz 5, Offenbach 5, Wiesbaden 5; Westfalen: Bielefeld 28, Bochum 10, Dortmund 28, Hagen 16, Hamm 6, Paderborn 10, Siegen 30; Rheinland: Aachen 5, Duisburg 5, Düsseldorf 5, Essen 11, Mülheim-Ruhr 2, Saarbrücken 30; Bayern: Augsburg 2, Freienthal 5, Freising 2, München 12, Neustadt a. d. S. 8, Nürnberg 34, Passau 1, Rosenheim 4, St. Ingbert 10; Württemberg: Eßlingen 2, Heilbronn 10, Stuttgart 34, Ulm 10; Baden: Bruchsal 8, Freiburg 6, Heidelberg 3, Karlsruhe 25, Mannheim 20, Rastatt 10; Elsaß-Lothringen: Colmar 15, Metz 10, Mühlhausen 5, Rappoltsweiler 165, Schlettstadt 30, Straßburg 20, Weißenburg 10. Insgesamt werden in 102 Orten 1438 Zimmerer gesucht.

Anzeigen.

[M. 3,90]

Nachruf.

Am 28. August starb nach längerem, schwerem Leiden unser Kamerad, der Zimmerer, Kassierer und Mitbegründer unserer Zahlstelle

Heinrich Geschinsky

im Alter von 57 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Tilsit.

Zimmerer

für wichtige Kriegsarbeiten stellt sofort und dauernd ein **Adolf Sommerfeld, Bauausführungen, Berlin W 9, Schellingstr. 5.**

Kolmar in Posen.

Schneidemühl, Brauerstr. 24.

Braunschweig, Salzdammerstr. 106, bei Brunke.

Stolz in Pommern, Hospitalstr. 10.

Kiel.

Meldungen nach Berlin.

(M. 4,20)